
Cora Stephan: Solidarität als ideologischer Kampfbegriff

Dr. Cora Stephan, geb. 1951 in Strang, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt/M., ist freie Publizistin. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt: Der Betroffenheitskult. Eine politische Sittengeschichte, Berlin 1993.

Solidarität ist ein schönes Wort. Vor allem, weil es so schön vage ist. Denn was im konkreten Fall gemeint ist, tritt meist zurück hinter der großen moralischen Geste des Einforderns einer Haltung, deren praktische Konsequenzen unklar bleiben. Mit der Forderung, „Verzicht“ zu üben, sieht es ähnlich aus. Viele Bundesbürger und Bundesbürgerinnen, von Politikern nach 1990 zum Teilen und zum Verzicht aufgerufen, waren gewißlich bereit dazu - hätte man es ihnen auch handfest abverlangt. Statt dessen bleibt es beim schlechten Gewissen, für das der deutsche Mittelstand bekannt ist, und dem bißchen „Solidarbeitrag“ für die Freiberufler und Beamte, während ein viel zu großer Teil der Einigungskosten höchst unsolidarisch aus den Solidarkassen der Arbeitnehmer, nämlich aus Arbeitslosen- und Rentenversicherung bezahlt werden. Man könnte das auch Zweckentfremdung nennen.

Ich möchte an zwei Beispielen deutlich machen, daß die Formeln „Solidarität“ und „Verzicht“ mittlerweile heruntergekommen sind zu ideologischen Allzweckwaffen, während man sich in diesem Lande zunehmend abgewöhnt zu haben scheint, über neue Verteilungsprobleme sachlich und zweckorientiert zu reden. Das eine Beispiel betrifft die „Strafsteuer für Kinderlose“, unter der das Problem der „Solidarität mit Eltern“ diskutiert wurde, das andere betrifft den angeblich durch die „Vergreisung“ der Gesellschaft bedrohten „Generationenvertrag“, die Renten betreffend.

Nichts scheinen wir in diesem Lande mehr zu heben, als komplexe Probleme auf griffige Formeln einzuschmelzen. Wenn es darum geht, daß Kinder in der Bundesrepublik Deutschland zu einem unerreichbaren Luxus geworden sind, daß Familien mehr und mehr zu den Deklassierten gehören, dann erwägen unsere wichtigen Personen des öffentlichen Lebens, vulgo: unsere Politiker und Meinungsbildner, nicht - beispielsweise - die Abschaffung der steuerlichen Begünstigung der Ehe ohne Kinder oder die Einführung einer öffentlich organisierten Kinderbetreuung, die sich dem Niveau Frankreichs wenigstens annäherte. Man diskutiert auch nicht über die Eigentümlichkeiten des Arbeitsmarktes, der Frauen vorzieht, die keinen Schwangerschaftsurlaub beanspruchen, allerdings nur, solange sie unter 40 sind. Oder über die Seltsamkeiten des Wohnungsmarkts, der dazu führt, daß große, familiengerechte Stadtwohnungen nur noch von den gutverdienenden Alleinstehenden zu bezahlen sind. Oder über jene wenig nachvollziehbare Dynamik, derzufolge Menschen dann ihre Berufskarrieren absolvieren sollen, wenn sie das pas-

sende Alter für die Familiengründung haben, aber just in dem Moment, in dem sie, von Familienarbeit frei, sich richtig ins Erwerbsleben stürzen könnten, in den Vorruhestand geschickt werden. .

Nein, die PR-Abteilungen der politischen Klasse entsenden statt dessen ein Schlagwort in die Debatte, das allerbestens geeignet ist, die Steuerbürger und -bürgerinnen gegeneinander zu hetzen: das Schlagwort von der „Strafsteuer für Kinderlose“, das über eine notwendige und wichtige Debatte einen ebenso mächtigen Schleier deckt, wie seinerzeit das Schimpfwort „Dienstbotenprivileg“ eine ähnlich wichtige Diskussion über die Entlastung der Familien schlagartig beendet hat.

Gottlob hat man schnell erkannt, daß man für ungewollte Kinderlosigkeit niemanden bestrafen kann. Aber ist gewollte Kinderlosigkeit strafwürdig? Ginge es historisch korrekt zu, so müßte man von der Abschaffung des *Ernährereinkommens* für jene sprechen, die sich nicht als die Seinen ernährende Familienväter betätigen. Mit „Ernährereinkommen“ ist die Tatsache beschrieben, daß Männerlöhne stets höher als Frauenlöhne waren, weil man zu Beginn der Industrialisierung davon ausging, daß der pater familias sein Einkommen nach Hause tragen und dort mit Frau und Kind teilen würde - eine bürgerliche Idylle, die zwar nur den Mittelstand betraf, aber durchaus zum Lebenstraum der Arbeiterfamilie gehörte.

Längst schon ist dieser Zusammenhang verloren, kassieren Männer wie Frauen Individualeinkommen—und der noch immer große Lohn- und Gehaltsunterschied zwischen den Geschlechtern läßt sich schon gar nicht mehr legitimieren, seit mehr und mehr Frauen allein für sich und ihre Kinder sorgen. Wie wäre es also mit der schönen, alten Forderung nach Abschaffung diskriminierender „Frauenlöhne“? Oder doch wenigstens nach echter Begünstigung der Ernährerecke - außerhalb und unabhängig von der Fiktion Ehe?

Womit wir beim wirklich Ärgerlichen der „Strafsteuer-Debatte“ wären: sie riecht nach altbewährter Frauenfeindlichkeit. Denn letzten Endes entscheiden sie, die Frauen, darüber, ob sie sich fortpflanzen wollen oder nicht. „Strafsteuer für kinderlose Frauen“ sollte das Ganze wohl heißen - aber so etwas sagt man ja nicht. Jedenfalls nicht so deutlich.

Aber wie wäre es ersatzweise mit der Forderung nach „Rentenverzicht für kinderlose Frauen“? Denn das Thema hat eine enge Verbindung zu einer anderen, ebenso wichtigen Debatte, in der ebenso gern komplexe Sachverhalte auf eine handliche Parole verdampft werden und in der die frauenfeindlichen Töne ebenso hörbar werden. Denn die Lobbyisten der Familie, deren Los in diesem kinderfeindlichen Land ja tatsächlich zu beklagen ist, verzichten zwar verständlicherweise auf den Hinweis, daß Schulen und Kindergärten ja aus off entliehen Kassen und damit auch von den Kinderlosen bezahlt werden. Sie greifen aber neuerdings verstärkt zu dem Argument, sie seien diejenigen, die mit der freiwilligen Kinder auf zucht die Renten der Kinderlosen und Alleinstehenden sicherten. Man wolle nicht künftig jede Menge unnütze

Alte durchfüttern müssen, lautet bereits ein bei der jüngeren Generation beliebtes Argument.

Auch die Rentendiskussion ist schon längst verschlagwortet und beeindruckt mit Schlagzeilen wie „Die vergreisende Gesellschaft“ oder der „Krieg zwischen den Generationen“. Und das ist nun wirklich reine Ideologieproduktion. Sogar die Bundesregierung hat sich mittlerweile in großen Anzeigen in Tageszeitungen bemüht, den Sachverhalt richtig zu stellen: das bundesrepublikanische Rentensystem ist tatsächlich gefährdet, aber nicht, weil Greise sich weigerten, rechtzeitig ins Grab zu sinken oder egoistische Frauen versäumt hätten, genug Kinder in die Welt zu setzen und statt dessen Rentenanwartschaften angesammelt haben.

Richtig ist: Das deutsche Rentensystem basiert auf dem sogenannten Generationenvertrag, was heißt, daß mit den Beiträgen in die Solidarkasse Rentenversicherung kein dem einzelnen Einzahler zurechenbarer, bestimmter Betrag angespart wird, sondern daß die laufenden Renten unmittelbar aus den laufenden Beiträgen gezahlt werden. Der Gedanke, der hinter diesem Konzept steht, hat den Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Nachkriegsbundesrepublik Deutschland entscheidend bestimmt: er hat die Rentergenerationen an dem damals noch stetig wachsenden Reichtum der Gesellschaft beteiligt, die Rentenhöhe am aktuellen Lebensstandard orientiert und die Folgen der Wechselfälle des Lebens, wie sie insbesondere die Kriegsgenerationen erlebt hatten, durch Umverteilung auf die Sohdargemeinschaft für die einzelnen gemildert. Ein gewaltiges Frustrations- und Armutspotential ist damit aus der Welt geräumt worden - mit dem Ergebnis, daß bundesrepublikanische Rentner heute, zumal sie im Westen zumeist auch noch privat etwas dazugespart haben, ein überwiegend sorgenfreies Leben führen können — von Arbeit befreit und materiell unabhängig, unabhängig auch von Versorgungsansprüchen an die eigenen Kinder.

Das hat es in der Geschichte der Menschheit historisch in diesem Ausmaß noch nicht gegeben und so wird es, das ist richtig, auch künftig nicht mehr sein. Denn um den künftigen Ansprüchen einer in der Tat wachsenden Zahl von Rentenanwärtern begegnen zu können, zumal all derer, die schon mit 55 in den Vorruhestand geschickt werden, aber eine weitere Lebenserwartung von 20,25, ja 30 Jahren haben -um diesen „Rentnerberg“, wie der technische Terminus mit unnachahmlicher Kälte heißt, zu bewältigen, muß es genügend Beitragszahler geben, deren Beiträge möglichst auch noch gehörig groß sein sollen. Das aber hängt nicht von der Zahl der *Erwerbsfähigen* ab — die sinkt in der Tat, geht man vom bisherigen Pensionsalter aus, sondern von der Zahl der tatsächlich auch Erwerbstätigen. Wieviele Menschen in einer gegebenen Gesellschaft erwerbstätig sind, hängt jedoch nicht von der Fruchtbarkeit der Frauen ab, sondern von der Anzahl der für die Beiträge relevanten Arbeitsplätze, kurz: vom Ausmaß der strukturellen Arbeitslosigkeit und vom Wirtschaftswachstum. Kritisch wird die Sache dann, wenn, wie wohl vorauszu-

setzen ist, kein neuer Wirtschaftsboom ins Haus steht, der Arbeitslosigkeit abzubauen und Beiträge wachsen zu lassen verspricht.

Für die Rentenkassen ist egal, ob überwiegend junge Leute in sie einzahlen oder Zuwanderer oder Frauen über 40 oder all jene, die heute in die Arbeitslosigkeit oder in den Vorruhestand geschickt werden. Daß es die jungen Leute seien, die von den gesellschaftlich schlecht gestellten Familien erzeugten künftigen Arbeitnehmer, die den satten, faulen, egoistischen Rentnerinnen den unnützen Lebensabend erwirtschaften müßten, ist also schlicht gelogen. Daß eine Reform des Rentensystems not tut und individuelle Formen der Alterssicherung wichtiger werden, ist indes richtig. Am wichtigsten aber wäre eine entideologisierte Diskussion über die ja immerhin erstaunlichen Tatsachen, die sich hinter den Schlagworten von der „vergreisenden Gesellschaft“ verbergen und die unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren verändern, ja nachgerade umstürzen werden.

Es werden weniger Kinder geboren, dafür haben die Menschen im Durchschnitt eine höhere Lebenserwartung - die Frauen noch immer sechs Jahre mehr als die Männer. Das ist gemeint mit der demographischen Revolution, die wirklich eine ist. Denn daß Menschen heute in ihrer Mehrheit derart alt werden, daß sich auch die Qualität der zusätzlich gewonnenen Lebensjahre unglaublich verbessert hat, hat es in der Menschheitsgeschichte noch nie gegeben - ein Ergebnis von Wohlstand und medizinischem Fortschritt. Vielleicht sollte man das endlich einmal positiv bilanzieren, ohne vom Jugendwahn gleich ins extreme Gegenteil überzugehen, zur Verkitschung des Alterwerdens à la „Endlich über 80“. Denn alt ist keineswegs schon beautiful, aber das reine Elend heute erst recht nicht.

Man weiß heute, daß das höhere Lebensalter keinerlei Einbußen geistiger Funktionen mit sich bringen muß und daß auch ein Abbau physischer Kapazitäten keineswegs altersspezifisches Schicksal ist. Wäre die Personalpolitik unserer Betriebe nicht beherrscht von einem brachialen Jugendlichkeitswahn, der dazu führt, daß die Human Resources in Windeseile ausgenutzt und ersetzt werden, statt sie über Jahrzehnte hinweg zu pflegen, wäre einiges an Luft raus aus der aufgeladenen Debatte um den „Krieg der Generationen“. Weder Alltag noch Wirtschaftsleben und noch nicht einmal die Renten müßten allzu tiefe Einbußen hinnehmen, wenn sich die Relation zwischen Jungen und Alten verändert.

Und übrigens, als ewiges Monitum: seit die umstandslose Ausweitung des bundesdeutschen Rentensystems auf die ehemalige DDR gezeigt hat, daß Renten hierzulande völlig unabhängig davon gezahlt werden, welche Beiträge jemand entrichtet hat, wäre es an der Zeit, dieses Prinzip endlich mal auf jene Frauen zu übertragen, die das angeblich gesellschaftlich so Erwünschte getan und wegen Kindererziehungszeiten weniger Beiträge gezahlt haben.

Solidarität? Sicher. Das Eintreten der Stärkeren für die Schwächeren ist heute nötiger denn je. Verzicht? Darüber müssen wir gar nicht groß disku-

tieren, der wird notgedrungen eintreten. Insbesondere wir Wählerinnen wünschten uns nur manchmal eine Debatte der notwendigen Grausamkeiten, die nicht, über moralisierende Schuldzuweisungen, stets ideologisch aufgeladen wird. Ach ja: und Politiker, die das als notwendig erkannte auch einfach einmal beschließen, statt zu warten, bis das Wahlvolk, nach jahrelangem Beschüß mit Aufrufen zur Charakterverbesserung ä la „Solidarität“ und „Verzicht“, solcherlei Aufforderungen nur noch mit Trotz begegnet.